

Monitor: Empirische Grundlagenforschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung

Bestandsaufnahme und Analyse von
Forschungssituation und Fachdebatte



Posenau, Dirk / Becker, Helle / Hansek, Marcel

Entstanden im Rahmen des Projekts
Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub.

**Fachstelle
politische
Bildung**





Inhalt

Einleitung	3
Die Forschungssituation	4
Definition des Forschungsgegenstands	12
Fazit	14
Literatur	16

Abstract

Der Bericht bietet eine Bestandsaufnahme und Analyse der Wissenslage zur Praxis nonformaler politischer Bildung, den Strukturen, Prozessen, Kontexten und Rahmenbedingungen dieses Feldes. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass dazu bislang kaum systematisch erhobenes, empirisch fundiertes Wissen vorliegt. Das Projekt *Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub* (2025-2027) setzt hier an, indem es vorhandene Erkenntnisse zur Praxis politischer Bildung bündelt, systematisiert und für die fachliche Auseinandersetzung aufbereitet.

Im Zentrum des Berichts steht eine breit angelegte Literaturrecherche, die einschlägige Studien zur nonformalen politischen Bildung identifiziert und auswertet. Die Analyse zeigt: Erkenntnisse zur Praxis existieren in unterschiedlichen Formaten – etwa in Form von Grundlagenforschung, strukturstatistischen Erhebungen, Praxisberichten oder Selbstevaluationen –, sind jedoch stark fragmentiert und wenig miteinander vernetzt. Auffällig ist zudem, dass Perspektiven der Teilnehmenden, die Analyse konkreter Bildungsprozesse sowie beobachtende Forschungsansätze bislang kaum Berücksichtigung finden. Darüber hinaus fehlt es an einer kohärenten begrifflichen wie empirisch begründeten Definition des Feldes, was eine systematische Weiterentwicklung der Forschung und letztendlich der Praxis zusätzlich erschwert.



Einleitung

Angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen, wie zunehmende Radikalisierung und wachsende Skepsis gegenüber der Demokratie, steht politische Bildung unter Druck. Politik und Gesellschaft erwarten von ihr eine wirksame Antwort auf gesellschaftliche Erosionsprozesse, vor allem eine effektivere Praxis mit größerer Reichweite. Dabei befindet sie sich in einem intensiven Wettbewerb mit anderen Ansätzen wie Extremismusprävention und Demokratieförderung und ist daher herausgefordert, ihre Alleinstellungsmerkmale, Qualitätsstandards, Einflussbereiche und Wirkungen nachzuweisen.

Doch nicht nur äußere Erwartungen stellen hohe Anforderungen. Politische Bildung selbst verfolgt das Ziel, mehr Menschen politische Bildungsgelegenheiten zu bieten, sie zur aktiven Teilhabe an demokratischen Prozessen zu ermutigen und sie als handelnde Subjekte politischer Prozesse zu stärken. Dafür werden innovative Konzepte gebraucht, die sowohl eine größere Reichweite als auch differenzierte Angebote schaffen und die politische Bildung sichtbarer in Politik und Öffentlichkeit verankern. Um dies zu erreichen, sind fundierte Erkenntnisse über Bildungsprozesse, Wirkungen und Qualitätskriterien unerlässlich.

Der Wissens-Hub bündelt, analysiert und bereitet wissenschaftliche Erkenntnisse zur Praxis, zu ihren Rahmenbedingungen, Wirkungen und Qualitäten gezielt für fachliche Diskurse auf.

Für all dies fehlen jedoch belastbare, wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse, die die reale Praxis der politischen Bildung mit ihren spezifischen Qualitäten erfassen, ihre tatsächlichen Wirkungen beschreiben und klare Bewertungskriterien liefern. Für die Professionalisierung und Anerkennung der politischen Bildung sind umfassende Forschung zur Praxis, systematische Evaluationen und Wirkungsstudien von zentraler Bedeutung.

Mit dem Projekt *Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub* möchten wir einen aktiven Beitrag zu den aktuellen Qualitätsdebatten leisten, die insbesondere die nonformale politische Bildung betreffen. In einem Wissens-Hub sollen hierzu unter anderem wissenschaftliche Erkenntnisse zur Praxis, ihren Rahmenbedingungen, Wirkungen und Qualitäten gebündelt, analysiert und gezielt für fachliche Diskurse aufbereitet werden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Auseinandersetzung mit der Frage, wie diese Themen angemessen empirisch untersucht und bewertet werden können. Dabei stehen Ansätze der Grundlagenforschung, Wirkungsforschung sowie Evaluationen im Zentrum.

In einem Pilotprojekt 2024 begannen wir mit einer ersten Bestandsaufnahme empirischer Studien, die Erkenntnisse zu den genannten Wissensbereichen – Praxis, Wirkungen und Evaluation – liefern oder potenziell enthalten. Da die verfügbare Literatur im Bereich der nonformalen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung begrenzt ist und die Herausforderungen der Wirkungs- und Qualitätsmessung in anderen, ebenso wenig standardisierten pädagogischen Praxisfeldern mit komplexen Bildungsprozessen ähnlich gelagert sind, wurde die Recherche ausgeweitet. Sie umfasste unter anderem auch Literatur aus den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Kulturelle Bildung, Demokratieförderung und Extremismusprävention, Globales Lernen sowie allgemeine und berufliche Erwachsenenbildung. Dabei griffen wir auf die Datenbank und das Archiv von *Transfer für Bildung* zurück.



In unserer Datenbank finden Sie Zusammenfassungen und Einordnungen empirischer Forschungsarbeiten:

<https://bit.ly/FpB-Datenbank>

dung e.V. zurück und ergänzten diese durch Online-Recherche. Es sollte zunächst identifiziert werden, in welchen Wissenschaftsbereichen und Praxisfeldern Wissen zu den erwähnten Bereichen überhaupt vorhanden ist und wie es systematisiert werden kann. Zudem wurde weitere Literatur einbezogen, die zur Fachdebatte über den Nutzen und die Herausforderungen von Wirkungsmessungen und Evaluationen sowie zu relevanten Methoden und Konzepten beiträgt.

Auf Grundlage der Literaturrecherche wurde ein erster Überblick darüber gewonnen, welches Wissen bereits vorliegt und wo noch Wissenslücken bestehen. Zudem war es unser Anliegen, genauer zu betrachten, wie dieses Wissen entsteht: Wer trägt zu seiner Entwicklung bei? Welche Methoden werden angewandt? Welche Herausforderungen ergeben sich dabei und wie werden diese reflektiert und diskutiert? Ziel war es also, „Wissen über das Wissen“ zu gewinnen. Spezifische Ergebnisse der einzelnen Studien wurden noch nicht bzw. nur kurSORisch berücksichtigt. Zudem wurde ein Überblick über die aktuellen Debatten in diesen Bereichen erarbeitet.

Für die Auswahl relevanter Studien diente ein weit gefasster Begriff politischer Bildung, der diese als lebenslangen Prozess versteht und darauf abzielt, Menschen zur Teilhabe am politischen System und an der demokratischen Gesellschaft zu befähigen. Politische Bildung wird hierbei nicht als das exklusive Tätigkeitsfeld bestimmter Institutionen oder pädagogischer Ansätze verstanden, sondern als individueller Bildungsprozess, unabhängig davon, wo und wie er stattfindet.

Die Forschungssituation

Empirisch gestütztes Wissen für ein tiefgehendes Verständnis der Praxis politischer Bildung stellt eine wesentliche Grundlage für die Untersuchung ihrer Qualitäten und Wirkungen sowie deren Bewertung dar. Dieses Wissen über die Praxis liefert entscheidende Einblicke, wie und unter welchen Bedingungen Gelegenheiten zur politischen Bildung in verschiedenen Kontexten geschaffen und umgesetzt werden. Es ermöglicht eine differenzierte Betrachtung der beteiligten Akteur*innen, der Zielgruppen, der Bestimmung von Qualitätskriterien sowie der erwarteten und tatsächlich erreichbaren Wirkungen und eventuellen Wirkfaktoren. Darüber hinaus beleuchtet Wissen über die Praxis die Wünsche und Bedürfnisse von Akteur*innen und Teilnehmenden und schafft ein Verständnis für die Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind. Ziel des Projekts *Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub* ist es, fundierte Einblicke in die tatsächlich beobachtbare Praxis sowie in ihre Entstehungs- und Umsetzungsbedingungen zu gewinnen, diese systematisch zu dokumentieren, auszuwerten und einer breiteren Fachöffentlichkeit zugänglich zu machen.

Gespräche mit Praxisakteur*innen und Verbandsvertreter*innen zeigen, dass großes Interesse an wissenschaftlich fundierten und verallgemeinerbaren Erkenntnissen über die eigene Praxis besteht. Besonders Untersuchungen zu spezifischen Konzepten, Settings und Methoden sind für die Praxis von hoher Relevanz. Sie dienen als Entscheidungshilfen bei Planungen auf makro-, meso- und mikrodidaktischer Ebene und tragen zur Weiterentwicklung der Angebote bei. Nach außen unterstützen Erkenntnisse über die Praxis eine evidenzbasierte Kommunikation über Rahmenbedingungen, Qualitäten, Potenziale und Bedarfe gegenüber Politik, Öffentlichkeit und Geldgebern. Sie können dazu beitragen, gängige Annahmen zu überprüfen und Vorurteile abzubauen. Auch für Diskussionen innerhalb des Feldes oder feldübergreifend bietet Praxiswissen

eine fundierte Basis für faktenorientierte Debatten, jenseits theoretischer Modelle und normativer Positionierungen, etwa zu Fragen des Selbstverständnisses und der Definition politischer Bildung.

Die Studien, die empirisches Wissen zur Praxis enthalten, lassen sich verschiedenen Typen von Wissenszugängen zuordnen, die im nächsten Kapitel detailliert beschrieben werden. Anschließend wurden sie eingehend analysiert, um zu bestimmen, welchen Untersuchungsgegenstand sie behandeln – ob sie sich auf die Praxisfelder politische Erwachsenenbildung, politische Jugendbildung oder andere beziehen. Darüber hinaus wurden die Forschungsfragen bzw. Erkenntnisinteressen, die angewandten Forschungsmethoden sowie die disziplinären Hintergründe der Autor*innen untersucht. Die Ergebnisse werden im Folgenden für jede Art von Wissenszugang dargestellt und interpretiert.

Wissenszugänge

Zu Beginn unseres Monitorings gingen wir davon aus, dass sich die von uns identifizierten Bedarfe an verschiedenen Wissensdimensionen der politischen Bildung jeweils mit unterschiedlichen Forschungsbereichen verbinden lassen. So liefert die Wirkungsforschung Wissen zu Veränderungen durch politische Bildung, während die Evaluationsforschung politische Bildungspraxis anhand vorausgesetzter Kriterien bewertet – wobei es hier auch Überschneidungen gibt. Schnell wurde jedoch deutlich, dass Wissen zur Praxis politischer Bildung in sehr unterschiedlichen Forschungsansätzen, sowie darüber hinaus etwa in Qualitätssicherungsmaßnahmen der Praxisakteur*innen, vorliegt. Eine bedeutende Quelle für dieses Wissen sind auch evaluative Zugänge. Die Wissensbereiche des Wissens-Hubs – Praxis, Wirkung und Qualitäten/Evaluationen – lassen sich daher nicht ausschließlich durch ihre jeweiligen Forschungsansätze definieren, sondern vielmehr durch die Fragestellungen und Erkenntnisinteressen, die sie in den Mittelpunkt stellen. Als Oberbegriff für die Art von Forschung, die die Praxis politischer Bildung zunächst beobachtet, beschreibt bzw. rekonstruiert und analysiert, ohne einen speziellen Fokus auf Wirkungen oder auf die Bewertung dieser Praxis zu legen, verwenden wir im Folgenden „empirische Grundlagenforschung zur Praxis“.

Empirische Grundlagenforschung zur Praxis untersucht die Praxis politischer Bildung beschreibend und analysierend – ohne Fokus auf Wirkung oder Bewertung.

Für diese Art von Wissen konnten folgende Wissenszugänge als zentral identifiziert werden:

- Feldevaluationen und Felderkundungen
- Statistiken und Berichte
- Empirische Grundlagenforschung
- Selbstbeforschung der Praxis
- Praxisberichte
- Projektevaluationen und wissenschaftliche Begleitungen



Feldevaluation und Felderkundungen

Ein Teil der untersuchten wissenschaftlichen Arbeiten, die Wissen zur Praxis politischer Bildung bereitstellen, lässt sich als Feldevaluationen und Felderkundungen (alternativ auch als Feldexplorationen oder Feldbeschreibungen) kategorisieren. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Realität eines gesamten Praxisfeldes oder einzelner Bereiche davon bundes- oder landesweit möglichst umfassend erfassen und beschreiben.

Insgesamt konnten dem Wissenszugang „Feldevaluation und Felderkundungen“ zehn Studien zugeordnet werden, die aus einem Zeitraum von 2004 bis 2024 stammen. Ein Blick auf das Sample zeigt nicht nur eine geringe Anzahl an Studien insgesamt, sondern auch eine stark heterogene Verteilung der untersuchten Praxisfelder. So entfallen drei Studien auf die politische Erwachsenenbildung und eine auf die politische Jugendbildung. Zwei Studien beforschen eine Trägerlandschaft, in der politische Jugend- und Erwachsenenbildung angeboten wird. Jeweils eine Publikation widmet sich den Themen Empowerment, Demokratieförderung, aufsuchende politische Bildung in der Arbeitswelt sowie politische Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit. Dies ermöglicht zwar eine feldübergreifende Vergleichsanalyse, doch bleibt die Datenlage für die einzelnen Praxisfelder insgesamt sehr dünn.

Mit dem Ziel, einen umfassenden Einblick in ein Praxisfeld zu gewinnen, widmen sich diese Studien einer Vielzahl einzelner Aspekte, die gemeinsam ein Gesamtbild ergeben. Sie untersuchen unter anderem die Größe des jeweils definierten Gesamtangebots, die beteiligten Träger und deren Anteil an diesem Gesamtangebot sowie den Stellenwert der politischen Bildung im jeweiligen Angebotsprogramm der Träger. Besonders im Fokus stehen die thematischen Schwerpunkte, die Inhalte sowie bevorzugte Formate und Methoden. Darüber hinaus werden Fachkräfte zu ihrem professionellen Selbstverständnis befragt, häufig im Zusammenhang mit den angestrebten Bildungszielen. Auch Aspekte des professionellen Handelns, etwa bei der Themenfindung und Programmplanung, werden beleuchtet. Hinzu kommen Fragen zur Bildungs- und Berufsbiografie der Fachkräfte sowie deren Einschätzungen zu aktuellen Herausforderungen und zukünftigen Wünschen. Deutlich seltener als die Angebotsseite der politischen Bildung wird in den Studien die Nachfrageseite erforscht, also die Teilnehmenden selbst. Am häufigsten wird die Frage gestellt, wie viele Personen an den Angeboten teilnehmen. Gelegentlich wird auch die Wirkung der Bildungsangebote auf die Teilnehmenden untersucht. Nur sehr selten jedoch stehen ihre Teilnahmemotive, Interessen und Wünsche im Fokus. Zusätzlich zu den eher zeitlosen Fragestellungen widmen sich die Studien jeweils auch verschiedenen aktuellen und regionalen Besonderheiten. So werden vereinzelt etwa die Auswirkungen der Coronapandemie (vgl. Busch et al. 2024), die Angriffe auf Bildungseinrichtungen durch Rechtsextreme und Rechtspopulisten in Ostdeutschland (vgl. Jugel/Lewrenz 2022) oder die Einordnung des Verhältnisses zwischen politischer Bildung und Demokratiebildung thematisiert (vgl. Trumann 2022).

Die Praxis wird selten direkt beobachtet und die Perspektive der Teilnehmenden bleibt meist unberücksichtigt.

Angesichts des breiten Forschungsinteresses und der Komplexität des Forschungsgegenstandes nutzen die meisten Studien ein „mehrstufiges und mehrdimensionales Erhebungsverfahren“ (siehe Fritz et al. 2006: 9; vgl. auch Trumann 2022 und Schröder 2004) und kombinieren dabei



Die *Topografie der Praxis politischer Bildung* gibt einen umfassenden Überblick über rechtliche, politische und wissenschaftliche Grundlagen der Praxisfelder politischer Bildung: <https://topografie-transfer-politische-bildung.de>

qualitative und quantitative Datenerhebungen. Diese sind jedoch nicht so miteinander verknüpft, dass beispielsweise qualitative Interviews Hypothesen generieren, die anschließend durch quantitative Erhebungen überprüft werden, oder dass qualitative Befragungen zur Vertiefung von quantitativ gewonnenen Ergebnissen dienen. Vielmehr werden die Methoden unabhängig voneinander angewandt, um je unterschiedliche Fragen zu beantworten. In der Regel hat der qualitative Teil bei diesen Forschungsdesigns ein deutlich höheres Gewicht. Andere Studien hingegen beschränken sich auf ein einzelnes Erhebungsverfahren (vgl. Busch et al. 2024; Jugel/Lewrenz 2022). Besonders häufig kommen Dokumentenanalysen, Institutionenbefragungen und leitfadengestützte Interviews zum Einsatz, bei denen vorwiegend Praktiker*innen und Expert*innen befragt werden. In unserem Sample findet sich nur eine einzige Studie, in der auch eine teilnehmende Beobachtung durchgeführt wurde (vgl. Trumann 2022). Das bedeutet, dass die meisten Forschenden die Praxis der politischen Bildung hauptsächlich aus der Perspektive Dritter rekonstruieren – in der Regel von Bildungsplaner*innen oder Teamer*innen bzw. Kursleiter*innen. Die Teilnehmenden selbst werden hingegen deutlich seltener befragt.

Empirische Grundlagenforschung

Unter empirischer Grundlagenforschung politischer Bildung verstehen wir einen Oberbegriff, der verschiedene Ansätze wie Feld-, Praxis-, Prozess-, Teilnehmenden-, Programm-, Professions- oder Organisationsforschung umfasst. Im Gegensatz zu Feldbeschreibungen oder -evaluierungen, die das Ziel verfolgen, die Gesamtpraxis eines Feldes umfassend darzustellen, richtet sich der Fokus der empirischen Grundlagenforschung auf spezifische Aspekte, die die Entstehung und Gestaltung von Praxis prägen.

Die vielfältige Praxis der nonformalen politischen Bildung spiegelt sich deutlich in der Breite der Untersuchungsobjekte wider, die in den Publikationen behandelt werden, die wir dem Wissenszugang „Empirische Grundlagenforschung“ zugeordnet haben. Häufig handelt es sich bei diesen Studien um Pionierprojekte oder Arbeiten, die lediglich an eine sehr geringe Anzahl vorangegangener Untersuchungen anknüpfen können. In diesem Kontext deklarieren viele Forscher*innen ihre Arbeiten explizit als explorative Studien, mit dem Ziel, zunächst einen umfassenden Überblick über ihr Untersuchungsobjekt und dessen Umfeld zu gewinnen. Empirische Studien zur nonformalen politischen Bildung bewegen sich also häufig in wenig erschlossenem Terrain und sind selten Teil eines etablierten wissenschaftlichen Diskurses. Dementsprechend entsteht kein wissenschaftlicher Austausch, in dem mehrere Forschende mit unterschiedlichen oder ähnlichen Perspektiven und Methoden denselben Gegenstand unter einer gleichen Fragestellung untersuchen, um Erkenntnisse zu bestätigen, zu relativieren oder zu widerlegen. Die Studien sind dann aneinander anschlussfähig, wenn in einer vergleichenden Analyse der Fokus von den konkreten Untersuchungsobjekten (wie Heimvolkshochschule, TikTok oder unternehmensnahe Stiftungen) auf abstraktere Forschungsgegenstände oder übergeordnete Forschungsfragen, wie der Bedeutung von Lernorten oder der Zielsetzungen der Organisationen und Einrichtungen, gelenkt wird. So analysieren etwa von Ameln (2014) die Heimvolkshochschule und Heilmann (2024) TikTok jeweils in ihrer spezifischen Funktion als politischer Lernort. Emde (2022) untersucht die Bedeutung politischer Ziele von Bewegungsorganisationen in ihrer politischen Bildungsarbeit, während Hirsch (2019) wirtschaftliche und politische Interessen sowie Zielsetzungen von unternehmensnahen Stiftungen in deren politischer Bildungsarbeit hinterfragt. Ein Teil der Studien greift Fragestellungen auf, die auch in den Felderkundungen eine Rolle spielen, wie zum Beispiel die Untersuchung von Scheidig (2016) zur Professionalität in der politischen Erwachsenenbildung. Dadurch ergeben sich inhaltliche Anknüpfungspunkte, die eine wechselseitige Bezugnahme ermöglichen.

Aufgrund des häufig explorativen Forschungsinteresses wird bewusst eine offene und suchende Herangehensweise gewählt, um neue Erkenntnisse und Ansätze für die zukünftige Forschung zu entwickeln. Dies spiegelt sich in der starken Dominanz qualitativer Forschungsmethoden wider. Ähnlich wie bei dem Wissenszugang „Felderkundungen und Feldevaluationen“ nehmen erzähl-generierende Interviews, sowohl mit Einzelpersonen als auch mit Gruppen, eine zentrale Rolle ein. Die teilnehmende Beobachtung findet sich abermals lediglich in einer der erfassten Studien. Bemerkenswert ist, dass nur wenige Studien ein multimethodisches Vorgehen verfolgen. Dies lässt sich zwar zum Teil dadurch erklären, dass oft nur einzelne Aspekte untersucht werden, ist jedoch auch deshalb ungewöhnlich, da explorative Studien häufig mit Methodentriangulation arbeiten, um das erstmals untersuchte Forschungsobjekt aus möglichst vielen Perspektiven zu beleuchten.

Monitore, Berichte und Statistiken

Ein weiterer relevanter Wissenszugang für Erkenntnisse zur Praxis nonformaler politischer Bildung sind Statistiken und ihre Aufbereitung und Darstellung in Monitoren und Berichten. Monitoring umfasst die kontinuierliche Erfassung, Analyse und Auswertung von Daten, um Prozesse, Aktivitäten oder Entwicklungen systematisch zu beobachten. Ziel ist es, fundierte Informationen über den Zustand eines bestimmten Bereichs zu sammeln und Trends zu erkennen. Im Bereich der politischen Bildung könnten hierbei etwa Daten zu Angeboten und Teilnehmenden erhoben werden. Diese Informationen sollen Entscheidungsträger*innen dabei unterstützen, auf Veränderungen gezielt zu reagieren und datenbasiert steuernd einzugreifen (siehe Isac et al. 2024: 1). Während ein Monitoring oft ein kontinuierlicher, laufender Prozess ist, in dem Daten regelmäßig gesammelt und ausgewertet werden, erscheinen Berichte häufig in größeren zeitlichen Abständen und sind Momentaufnahmen eines bestimmten Zeitraums. Berichte können umfassender und detaillierter sein, da sie oft rückblickend auf eine bestimmte Zeitspanne eingehen und umfassendere Analysen sowie Zusammenfassungen bieten. Vor allem Monitoring kann sich auf Schlüsselkennzahlen konzentrieren, um Befunde vergleichbar und aktuelle Entwicklungen besser sichtbar zu machen.

In der Geschichte der politischen Bildung gab es bereits mehrere Anläufe, ein regelmäßiges, träger- und praxisfeldübergreifendes sowie bundesweites Berichtswesen zu etablieren. Ein erster bedeutender Schritt erfolgte 2002 durch Karsten Rudolf, der im Rahmen seines Dissertationsprojekts „Politische Bildung und Markt“ den ersten „Bericht Politische Bildung 2002“ veröffentlichte. Dieser Bericht widmete sich den Erwartungen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger an die politische Bildung, die in einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage erhoben wurden. Ziel war es, durch die gewonnenen Daten eine nutzerorientierte Angebotsplanung zu ermöglichen und die Reichweite der politischen Bildung zu erhöhen. Die Fortführung dieser Datenerhebung blieb jedoch aus.

2010 veröffentlichte Dirk Lange im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb an der Universität Oldenburg einen weiteren umfassenden Bericht, den „Monitor politische Bildung“. Im Gegensatz zum 2002 von Karsten Rudolf initiierten „Bericht Politische Bildung 2002“, der sich auf die Bedürfnisse und Erwartungen der Bevölkerung an die politische Bildung konzentrierte, rückte Langes Ansatz die strukturellen Gegebenheiten in den Mittelpunkt. Hierzu wurden Kern-daten aus den schulischen und außerschulischen Bildungsbereichen analysiert, um Lücken und Entwicklungen aufzuzeigen sowie politischen Handlungsbedarf zu identifizieren (Lange 2010). Erfasst wurden unter anderem die finanziellen Ausgaben, Teilnehmendenzahlen, der Angebots-



umfang und die Themenschwerpunkte verschiedener Einrichtungen und Förderprogramme. Auch dieser Monitor fand keine Fortsetzung, sodass ein kontinuierliches Berichtswesen für die politische Bildung bis heute fehlt.

2010 folgte ein weiterer Beitrag mit der Veröffentlichung der Faktensammlung „Erfolgreich. Politisch. Bilden.“ von Andreas Kalina, die im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung entstand. Diese Handreichung bietet eine Übersicht über die komplexe und fragmentierte Landschaft der politischen Bildung in Deutschland. Der Bericht beleuchtet die institutionellen Strukturen und inhaltlichen Schwerpunkte schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit, der freien Träger und politischen Stiftungen sowie staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure. Die Daten für die Faktensammlung wurden aus verschiedenen statistischen Quellen zusammengetragen und in Form einer Sekundärdatenanalyse aufbereitet. Damit wurde ein weiterer Versuch unternommen, die politische Bildungslandschaft datenbasiert zu analysieren.

Einen erneuten und aktuellen Versuch stellt der „Pilotmonitor politische Bildung“ dar. Er hat das Ziel fachliche, statistische und methodische Grundlagen für einen regelmäßig erscheinenden Bericht zur politischen Bildung in Deutschland zu erarbeiten. Dieser Bericht soll datengestützt und kriterienorientiert einen umfassenden Überblick über die Situation der politischen Bildung bieten. Dabei konzentriert sich der Monitor auf vier wesentliche Bereiche des Bildungssystems: 1) politische Bildung an allgemein- und berufsbildenden Schulen, 2) Hochschulbildung, 3) Lehrkräfteausbildung sowie 4) außerschulische politische Bildung. Die Untersuchung soll beleuchten, welche Aspekte der politischen Bildungslandschaft erfasst werden können und welche Datenquellen zur Verfügung stehen. Die Veröffentlichung des Pilotmonitors erfolgte nach Fertigstellung dieses Working-Papers, weshalb er in diesem ersten Überblick noch nicht berücksichtigt werden konnte.



Hier geht es zum Pilotmonitor
politische Bildung:
<https://bericht-pb.de>

Daten zur politischen Bildung finden sich nicht nur in spezifischen Berichten, sondern auch in Publikationen aus verwandten Bildungs- und Politikbereichen, wie etwa der Erwachsenen- und Weiterbildung, der Kinder- und Jugendhilfe oder dem Schulwesen (vgl. Becker 2021: 21). Die Weiterbildungsstatistik im Verbund etwa informiert jährlich über Angebote und die Nutzung von Weiterbildungsmöglichkeiten. Sie erfasst unter anderem die Anzahl der verfügbaren Angebote und Teilnahmen in ausgewählten Themenbereichen. Der Bereich „Politik – Gesellschaft – Gender – Arbeitswelt/Interessenvertretung“ überschneidet sich zwar nicht vollständig mit der politischen Bildung; diese kann auch in anderen Themenfeldern wie „Religion – Ethik“ oder „Umwelt – Nachhaltigkeit – Naturwissenschaften“ präsent sein. Dennoch liefert die Statistik Hinweise auf die Bedeutung politischer Themen innerhalb der Erwachsenenbildung sowie im Vergleich zwischen den Trägern und den Bundesländern. Der Adult Education Survey (AES) untersucht die Teilnahme Erwachsener an (Weiter-)Bildungsangeboten. Dabei werden Erwachsene im Alter von 18 bis 69 Jahren zu ihren Lernaktivitäten der vergangenen zwölf Monate befragt. Themen der politischen Bildung sind im Bereich „Grundbildung, Sprachen, Kultur und Politik“ angesiedelt und dort der Unterkategorie „Politik und Gesellschaft, Informationswesen“ zugeordnet. In der Kinder- und Jugendhilfestatistik finden sich ebenfalls Daten zur Relevanz politischer Themen in Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit.

Berichte und Monitoringsysteme konzentrieren sich typischerweise auf die quantitative Erfassung der Infrastruktur eines Praxisfeldes und richten ihren Blick auf die „harten Fakten“. Sie stellen Fragen wie: Wie viele Anbieter gibt es im Bereich der nonformalen politischen Bildung? Wie viele Unterrichtsstunden werden in diesem Bereich durchgeführt? Wie viele Teilnehmende nut-

zen diese Angebote? Aus einer Makroperspektive zielen sie darauf ab, messbare Größen und Zusammenhänge zu identifizieren, zu dokumentieren und Entwicklungen über längere Zeiträume hinweg zu verfolgen. Ähnlich wie Feldevaluationen und Felderkundungen richten sich auch Berichte zur politischen Bildung vorrangig auf das Angebot und die Anbieter. Die von Rudolf zu Beginn der 2000er-Jahre angeregte kontinuierliche Untersuchung von Teilnahmemotiven und Interessen der Teilnehmenden hingegen ist aus der fachlichen Diskussion weitgehend verschwunden. Erst jüngst nahm der Demokratiebericht NRW eine solche Erhebung wieder vor (siehe Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen 2023).

Selbstevaluation/Qualitätssicherung

Ein weiterer, zumindest potenzieller Wissenszugang für Erkenntnisse zur Praxis stellen die Datenerhebungen und Dokumentationen der Praxisakteure dar, die diese über ihre eigene Tätigkeit und deren Rahmenbedingungen erstellen. Diese Form der „Selbstbeforschung der Praxis“ findet häufig im Kontext von Qualitätsmanagementsystemen, Anerkennungsverfahren und Selbstevaluationen statt.

So sind beispielsweise Träger, die eine Anerkennung als Weiterbildungseinrichtung gemäß den Weiterbildungsgesetzen der Länder oder als freier Träger der Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII haben oder anstreben, verpflichtet, regelmäßig umfangreiche Angaben zu machen, um ihre Eignung und Förderfähigkeit dauerhaft nachzuweisen. Zu diesen Angaben können unter anderem Informationen zum Umfang des Angebots, zur Anzahl und Qualifikation des Personals, zur finanziellen Ausstattung, zu den genutzten Räumlichkeiten und zur technischen Ausstattung gehören. Ebenso werden häufig Angaben zu bestehenden Kooperationen, zur Art und Dauer der durchgeführten Veranstaltungen sowie zu weiteren relevanten Aspekten gefordert. Oftmals fließen diese Angaben in zusammenfassende Berichterstattungen (Weiterbildungsberichte, Jugendberichte) ein.



Auch Qualitätsmanagementsysteme sind im nonformalen Bildungsbereich weit verbreitet und haben sich als fester Bestandteil etabliert (vgl. Becker 2021: 10). Dies liegt nicht zuletzt daran, dass sie häufig von Fördergebern und gesetzgebenden Instanzen vorausgesetzt werden. Sie dienen der Überprüfung, Sicherung und kontinuierlichen Weiterentwicklung der Praxis. Dabei erfordern sie eine fortlaufende Datenerhebung und sorgfältige Dokumentation der eigenen Leistungen sowie der Maßnahmen zur Qualitätssicherung.

In einer Expertise prüfte Helle Becker, welche Inhalte bestehender Gütesiegel für die politische Erwachsenenbildung relevant sind:

<https://bit.ly/AKS-B-Gütesiegel>

Diese systematische Erfassung und Reflexion eigener Strukturen und Prozesse im Kontext von Anerkennungsverfahren und Qualitätsmanagementsystemen trägt nicht nur zur Erfüllung externer Vorgaben bei, sondern bietet auch nützliche Erkenntnisse zur Weiterentwicklung der eigenen Praxis. Die dabei gewonnenen Daten und Erkenntnisse könnten eine äußerst wertvolle Grundlage für die wissenschaftliche Forschung darstellen. Derzeit bleiben sie jedoch weitestgehend unzugänglich und werden somit nicht für Forschungszwecke genutzt. Einige Träger(-verbände) veröffentlichen in ihren Jahres- oder Geschäftsberichten jedoch auch Kennzahlen zu erhaltenen Fördermitteln, zum Umfang des Angebots, zu Kursthemen, Teilnehmenden oder Personal (vgl. z.B. AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. 2024: 45; Gramoll et al. 2023: 74).

Praxisberichte

Ein weiterer Bereich, in dem die Praxis nonformaler politischer Bildung nicht von Wissenschaftler*innen, sondern aus sich selbst heraus beobachtet, beschrieben und reflektiert wird, sind Praxisberichte, die wir als zusätzlichen Wissenszugang identifiziert haben. Sie werden in Jahresberichten, Projektabschlussberichten, einschlägigen Fachzeitschriften sowie auf Projekt-, Einrichtungs- und Verbandswebseiten veröffentlicht.

Praxisberichte haben eine besondere Bedeutung, sowohl als Instrument der Selbstreflexion und Selbstvergewisserung als auch als Beiträge zur Fachdebatte – insbesondere vor dem Hintergrund der geringen wissenschaftlichen Aufmerksamkeit für das Feld der nonformalen politischen Bildung. Praxisberichte tragen durch detaillierte Beschreibungen wesentlich zur Dokumentation der Praxis bei und reflektieren insbesondere Innovationen und Abweichungen – sei es, wenn Unerwartetes eintritt oder die Umsetzung von der Planung und die Praxis von der Theorie abweicht. Mit anderen Worten: Sie generieren wertvolles Praxiswissen. Auch wenn es Praxisberichten häufig an wissenschaftlicher Fundierung mangelt (vgl. von Ameln 2014: 18) und sie oft zusätzlich der positiven Selbstdarstellung oder Rechtfertigung dienen, können sie angesichts des Mangels an beobachtenden Forschungsmethoden (wie beschrieben) dennoch eine wertvolle Ergänzung sein, da sie Wissen aus erster Hand liefern.

Projektevaluationen und wissenschaftliche Begleitungen

Modellprojekte dienen der Weiterentwicklung der Praxis, indem sie neue und innovative Herangehensweisen erproben. Ziel ist es, daraus gewonnene Erkenntnisse zu generieren, die anschließend in die alltägliche Praxis überführt werden können. Aus diesem Grund werden sie häufig evaluiert oder wissenschaftlich begleitet. Ein zentraler Bestandteil solcher Arbeiten ist in der Regel die Rekonstruktion der Praxis der zu evaluierenden Projekte. Dadurch werden auch diese Arbeiten zu einer wertvollen Quelle für Wissen über Praxis. Allerdings liegt es in der Natur der Sache, dass es sich hierbei nicht um typische Praxis handelt. Dennoch können aus der Definition von Innovation Rückschlüsse auf die zugrunde liegende Norm gezogen werden. Projektevaluationen und wissenschaftliche Begleitungen beforschen die untersuchten Projekte oft eng über deren gesamte Laufzeit. Im Gegensatz zu den Wissenszugängen „Feldevaluationen und



„Felderkundungen“ und „Empirische Grundlagenforschung“ kommen hier häufiger Methoden wie teilnehmende Beobachtungen und partizipative Forschungsansätze zum Einsatz. Partizipative Forschung bindet die Praxisakteur*innen aktiv in die Datenerhebung und -interpretation ein, was zu einem besonders praxisnahen Erkenntnisgewinn beitragen kann. Diese Arbeiten können jedoch nur dann als Wissenszugang genutzt werden, wenn sie veröffentlicht werden, was leider immer noch zu häufig nicht der Fall ist.

Definition des Forschungsgegenstands

Wer im Rahmen der Wissenszugänge „Feldevaluationen und Felderkundungen“ oder von Strukturstatistiken Erkenntnisse über die Wirklichkeit der (institutionalisierten) nonformalen politischen Bildung gewinnen möchte, steht vor der Herausforderung, zunächst zu definieren, was unter diesem Begriff exakt zu verstehen ist und welche Träger zur Landschaft der Anbieter gehören – bzw. welche nicht. Diese Bestimmung ist angesichts der Vielfalt der Anbieter besonders herausfordernd (siehe Lange 2010: 11; Hufer 2022: 169). Der Begriff „politische Bildung“ ist nicht nur theoretisch umstritten, sondern auch durch strukturelle Veränderungen in den letzten Jahren noch komplexer geworden, was zu einer „neuen terminologischen, aber auch konzeptionellen Unübersichtlichkeit“ geführt hat (Widmaier 2020: 63).

Methodologisch lässt sich diese Herausforderung als die Problematik der Bestimmung der Grundgesamtheit beschreiben. In der quantitativen Sozialforschung versteht man unter der Grundgesamtheit die Gesamtheit aller möglichen Einheiten, die ein bestimmtes gemeinsames Merkmal aufweisen und über die man Aussagen treffen möchte (siehe Fritz et al. 2006: 207). Dabei stellt sich bereits die Frage nach der Festlegung dieses gemeinsamen Merkmals. Sollte es etwa alle Einrichtungen umfassen, die Angebote zur politischen Bildung bereitstellen, oder nur solche, die dies schwerpunktmäßig oder ausschließlich machen (vgl. Ahlheim/Heger 2006)? Doch was gilt dann genau als politische Bildung und wer bestimmt dies? Ebenso könnte das gemeinsame Merkmal die Mitgliedschaft in einem (Dach-)Verband (vgl. Busch et al. 2024; Krämer 2021) sein, die Förderung durch spezifische Geldgeber oder nach bestimmten Gesetzen (vgl. Becker 2020). Oder ist das gemeinsame Merkmal gar so weit gefasst, dass es alle Settings einschließt, in denen potenziell politische Bildungsprozesse erwartbar sind?

Was unter politischer Bildung verstanden wird und wie groß das Feld der nonformalen politischen Bildung ist, ist umstritten.

Anschaulich wird dieses Problem schon bei der vermeintlich einfachen Befragung von Trägern nach dem Umfang ihres Angebots an politischer Bildung. Dabei stellt sich die Frage, welche Träger befragt werden sollen und was unter politischer Bildung verstanden wird, denn „Was ein Träger als ‚Politische Bildung‘ begreift, kann von anderen anders kategorisiert worden sein“ (Lange 2010: 11). Wie groß das Feld der (institutionalisierten) nonformalen politischen Bildung ist, ist also umstritten. Fritz, Maier und Böhnisch bezifferten die Zahl der Träger, die politische Bildung anbieten, auf etwa 1.350 (2004: 209). Sie verglichen dies mit einer früheren Erhebung von Rudolf, der nach Ausschluss derjenigen Volkshochschulen, die ihrer Meinung nach keine politische Bildung anbieten, nur noch auf 800 Einrichtungen käme. Für Schiele wiederum steht die Zahl der Grundgesamtheit bei Fritz et al. „auf keinem sicheren Grund“ (Schiele 2005: 59).

Es ist allerdings nicht nur die quantitative Forschung, für die die Bestimmung der Grundgesamtheit von Bedeutung ist. Auch wer qualitativ forscht und, was beispielsweise die Zielgruppen, Träger und inhaltlichen Arbeitsfelder betrifft, „ein breites Spektrum des Feldes der politischen Bildung“ (Krämer 2021: 11) abbilden möchte, braucht zumindest eine Vorstellung über die Grenzen des Feldes. Empirische Forschung zur nonformalen politischen Bildung muss deshalb einen Umgang mit dem Problem finden, dass ihre zu untersuchende Grundgesamtheit unklar und/oder unbekannt ist.

Unsicherheit im Forschungsprozess

Insgesamt lässt sich ein hohes Bewusstsein der Problematik in den einschlägigen Studien feststellen. Der Umgang mit dieser Frage ist häufig pragmatisch. So nehmen einige Autor*innen Abstand von einem Anspruch auf Repräsentativität (vgl. Ahlheim/Heger 2006: 8) oder verweisen auf den explorativen Charakter ihrer Studie (vgl. Busch et al. 2024: 298). Eine intensive Auseinandersetzung mit dem methodologischen Problem und entsprechenden Lösungsversuchen finden sich hingegen nicht.

Ebenso wird es oft vermieden, eine klare Abgrenzung des Gegenstands vorzunehmen, wie Dirk Lange für den Monitor politische Bildung (2010) betont: „Dem Monitor liegt deshalb kein einheitliches Konzept von politischer Bildung zugrunde. Vielmehr wird politische Bildung variabel und flexibel bestimmt, um nicht von vornherein auf ein zu eng gefasstes Begriffskorsett festgelegt zu sein“ (Lange 2010: 11). Diese Offenheit droht jedoch ab einen gewissen Punkt auch in Beliebigkeit umzuschlagen. In der Studie „Wie geht's der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen?“ (Jugel/Lewrenz 2022) wurden Träger befragt, deren Zugehörigkeit zum spezialisierten Praxisfeld der politischen Bildung zumindest begründungswürdig ist. Die Teilnehmenden der Umfrage wurden nämlich zu zwei Dritteln über einen Aufruf auf einer Jahreskonferenz des Demokratie-Zentrums Sachsen gewonnen. Das Demokratie-Zentrum Sachsen koordiniert das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in Sachsen und ist ein Kooperationsverbund staatlicher und nichtstaatlicher Akteure aus den Bereichen Demokratieförderung, Extremismusprävention und politische Bildung (siehe ebd.: 3).

Falk Scheidig wiederum definiert in seiner Studie zu Angeboten politischer Erwachsenenbildung vor und nach der Coronapandemie präzise, was als Angebot politischer Bildung gilt. Dies dient als Grundlage, um festzulegen, welche Programme in seiner Programmanalyse berücksichtigt werden (siehe Scheidig 2022: 328). Dabei kann er aufgrund der unklaren Begriffsverständnisse nicht einfach bei den Trägern anfragen, welche Angebote zur politischen Bildung in einem bestimmten Zeitraum durchgeführt wurden. Stattdessen unterzieht er die Programme einer umfassenden Inhaltsanalyse. Vermutlich auch weil dieser Prozess sehr aufwendig ist, nicht alle Träger Programmhefte führen und viele dieser Hefte zudem nicht in zugänglichen Archiven aufbewahrt werden, beschränkt er sich auf Programme eines repräsentativen Samples von Volkshochschulen. Diese stellen zwar einen bedeutenden, jedoch nur einen Teilbereich der gesamten Angebotslandschaft dar und weisen klare Alleinstellungsmerkmale auf. So wurde Gegenstandsklarheit zu Lasten geringerer Reichweite der Ergebnisse gewonnen.

In mehreren Studien gehört die Klärung des Begriffsverständnisses politischer Bildung zum Studiendesign, indem in Interviews Praktiker*innen nach ihrer Definition gefragt werden (vgl. bspw. Fritz et al. 2006; Trumann 2022; Becker 2020). Empirische Forschung kann so einen Beitrag zu

einer induktiven Gegenstandsdefinition leisten. Wünschenswert wäre hier die Ergänzung durch weitere und andere Daten, wie die Beobachtung tatsächlicher Bildungspraxis oder die Befragung von Teilnehmenden. Eine solche Lehr-Lern-Forschung könnte darüber aufklären, welche Prozesse, Formen, Arrangements und Dynamiken (qualitative) politische Bildung eigentlich auszeichnet. Diese Forschung findet sich als Politikunterrichtsforschung zwar im Praxisfeld Schule (vgl. Firsova et al. 2022: 10), jedoch nicht für die nonformale politische Bildung.

Bedeutung für die Praxis

Die Verständigung darüber, was als nonformale politische Bildung betrachtet wird, ist nicht nur für Forschende von Interesse. Die Frage nach der Definition ist also nicht rein akademisch, sondern auch praktisch relevant in Bezug auf Abgrenzung, Öffnung und Integration von Strukturen, Einrichtungen, Bildungsprogrammen und -angeboten. In ihrem Trendbericht zur politischen Erwachsenenbildung bezeichnen Fritz, Maier und Böhnisch (2006) die Standortbestimmung der politischen Bildung sogar als „zentrales Element aller Auswertungskriterien“ (siehe a.a.O.: 9), da sie untrennbar mit Fragen zu Themen, Zielen, Zielgruppen, Orten, Gegenständen, Arbeitsweisen, Methoden und Aufgaben verbunden ist.

Diese Verbindung tritt besonders dann hervor, wenn die politische Bildung unter Druck gerät, ihre Eigenständigkeit zu präsentieren und zu legitimieren oder wenn eine Entgrenzung der politischen Bildung befürchtet wird. Anfang des 21. Jahrhunderts standen vor allem Debatten im Vordergrund, die sich mit der durch Strukturwandel bedingten Entgrenzung des Politischen, der teils kritisch beschriebenen „Sozialpädagogisierung“ der politischen Bildung, dem Beitrag politischer Bildung zu arbeitsweltbezogenen Kompetenzen sowie dem Bedeutungsgewinn sozialer Bewegungen befassten (siehe a.a.O.: 16). Heute stehen eher Debatten über das Verhältnis der politischen Bildung zu Konzepten und Programmen wie pädagogische Extremismusprävention, Demokratieförderung oder Demokratiebildung im Vordergrund. (vgl. Becker et al 2020; Wohngig 2021; Widmaier 2022). Heute, ebenso wie zu Beginn der 2000er-Jahre, besteht ein wachsendes Interesse daran, das fachliche Profil und die Qualität nonformaler politischer Bildung zu diskutieren und ihr Verhältnis zu angrenzenden Handlungsfeldern, Bildungskonzepten und Ansätzen zu reflektieren.

Fazit

Die Analyse in den drei Bereichen – empirische Grundlagenforschung zur Praxis, Wirkungsforschung und Evaluation – zeigt übergreifende Herausforderungen und Defizite, die die Forschung zur nonformalen politischen Bildung insgesamt betreffen. Besonders prägend ist die hohe Heterogenität der Forschungslandschaft: Wissen zur Praxis, zu ihren Wirkungen und Qualitäten findet sich in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen wie der Politikwissenschaft, der Bildungs- und Erziehungswissenschaft sowie der Sozialen Arbeit. Diese Disziplinen setzen jeweils unterschiedliche Schwerpunkte, orientieren sich an spezifischen Fachdiskursen und folgen eigenen methodischen Standards. Entsprechend vielfältig sind die angewandten Methoden zur Datenerhebung und -auswertung. Zudem bleibt die Forschung stark fragmentiert, da viele Studien isoliert bleiben und selten aufeinander Bezug nehmen. Dies führt dazu, dass kumulatives Wissen nur begrenzt entsteht und übergreifende Theorien zur nonformalen politischen Bildung bisher



kaum entwickelt wurden. Insgesamt gibt es nur wenige empirische Studien zu diesen Themen. Dennoch existiert eine grundlegende Wissensbasis, die eine weiterführende Auseinandersetzung ermöglicht und als Ausgangspunkt für allgemeine Erkenntnisse dient.

Die Forschung liefert Einzelbefunde, aber kaum übergreifende Perspektiven.

Auch die untersuchten Forschungsgegenstände variieren stark von Studie zu Studie. Sie reichen von der Analyse einzelner Projekte und Angebote über die Untersuchung ganzer Einrichtungsarten und Angebotsformate bis hin zur Evaluierung umfassender Förderprogramme und Praxisfelder. Es gibt wenig systematische Bezüge zwischen den Studien und eine längerfristige, interdisziplinär geführte wissenschaftliche Debatte ist bislang kaum etabliert.



Die Sichtung von Literatur zu forschungstheoretischen und -praktischen, methodologischen Fragen sowie zu Fragen nach den Auswirkungen für die Praxis hat gezeigt, dass die Anzahl der Publikationen auch in diesem Bereich stark begrenzt ist. Zudem erfolgt die Auseinandersetzung in großen zeitlichen Abständen, folgt wellenförmigen Aufmerksamkeitsschüben und ist überwiegend problem-, jedoch kaum lösungsorientiert.

Eine umfangreiche und fortlaufend aktualisierte Literaturliste inklusive aller ausgewerteten Studien finden Sie hier:
https://bit.ly/Literatur_Forschung_polBil

Gleichzeitig erwies sich die Erweiterung der Recherche auf andere Praxisfelder als äußerst aufschlussreich. Sie verdeutlichte, dass es lohnend ist, die Debatte gemeinsam mit Akteur*innen aus Bereichen wie der Kulturellen Bildung, dem Internationalen Jugendaustausch oder dem Globalen Lernen weiterzuführen.

Die Analyse der Studien zur Praxis nonformaler politischer Bildung zeigt, dass insbesondere prozessbeschreibende Studien, beobachtende und teilnehmende Verfahren sowie eine stärkere Berücksichtigung der Perspektive der Teilnehmenden fehlen.

Ein weiteres zentrales Defizit ist das Fehlen einer systematischen Beschreibung des Feldes. Fragen zur Definition politischer Bildung, zu Tätigkeitsfeldern, methodischen Ansätzen, Trägerstrukturen oder Zielgruppen sind bislang nur unzureichend erforscht. Dies erschwert nicht nur die empirische Fundierung politischer Bildung, sondern auch die Entwicklung passender Evaluations- und Wirkungsforschungsmodelle. Zudem mangelt es an einem einheitlichen Verständnis darüber, welche Organisationen als Träger politischer Bildung gelten und welche Bildungsangebote diesem Bereich zugeordnet werden sollten.

Mit dem Projekt *Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub* wollen wir einen Beitrag zu den aktuellen Qualitätsdebatten leisten, indem wir wissenschaftliche Erkenntnisse zur Praxis der politischen Bildung, ihren Wirkungen und den Möglichkeiten ihrer Bewertung sammeln, auswerten, miteinander in Beziehung setzen und in Fachdebatten diskutieren. Es sollen Impulse für Diskussionen über Selbstverständnis, Qualität und Qualitätsprüfung politischer Bildung generiert und Weiterentwicklungen angeregt werden. Des Weiteren sollen Diskussionen zu einer dem Gegenstand der nonformalen politischen Bildung angemessenen Forschung angeregt und weiterentwickelt werden.

Literatur

Ahlheim, Klaus / Heger, Bado (2006): Wirklichkeit und Wirkung politischer Erwachsenenbildung. Eine empirische Untersuchung in Nordrhein-Westfalen. Schwalbach/Ts.

AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (2024): AKSB-Jahresbericht 2023. Online: https://www.aksb.de/fileadmin/redaktion/Archiv/Jahresbericht/Jahresbericht-2023_Web_klein.pdf (abgerufen am 14.05.2025)

Becker, Helle (2020): Demokratiebildung und politische Bildung in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit (SGB VIII § 11-13). München. Online: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2021/KJB_Becker_Exp16KJB_16032021.pdf (abgerufen am 07.05.2025)

Becker, Helle (2021): Berichtswesen und Gütesiegel in der politischen Erwachsenenbildung. Expertise für die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AKSB e.V.). Online: https://www.aksb.de/fileadmin/redaktion/5_Themen/2_Projekte/Mehrwert_Verantwortung/Guetesiegelstudie/Guetesiegelstudie_web.pdf (abgerufen am 14.05.2025)

Becker, Helle / Fereidooni, Karim / Krüger, Thomas / Nordbruch, Götz / Oberle, Monika (2020): Politische Bildung und Primärprävention. Auszug aus einer Fachdebatte. In: Hößl, Stefan E. / Jamal, Lobna / Schellenberg, Frank (Hrsg.): Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus. Bonn, S. 165-185

Bundeszentrale für politische Bildung (2024): Modellförderung. Online: <https://www.bpb.de/die-bpb/foerderung/foerdermoeglichkeiten/modellfoerderung> (zuletzt abgerufen am 05.12.2024)

Busch, Matthias / Dittgen W. Michell / Keuler, Charlotte (2024): Außerschulische politische Bildung in der Krise: Empirische Befunde zu den Auswirkungen der Coronapandemie auf die außerschulische politische Bildung in Deutschland. In: Harion, Dominic / Morys, Nancy / Lenz, Thomas (Hrsg.) Diversität und Demokratie. Gesellschaftliche Vielfalt und die Zukunft der sprachlichen und politischen Bildung. Frankfurt a.M., S. 298-313

Bürgin, Julika (2013): Gewerkschaftliche Bildung unter Bedingungen indirekter Arbeitssteuerung. Zweckbildung ohne Gewähr. Online: https://sozarb.h-da.de/fileadmin/documents/Fachbereiche/Soziale_Arbeit/Lehrende/Buergin/Buergin_-_Gewerkschaftliche_Bildung_unter_Bedingungen_indirekter_Arbeitssteuerung.pdf (abgerufen am 14.05.2025)

Ehnert, Katrin / Johann, Tobias / Mielke, Anne / Rehse, Aline / Walter, Elisa / Zimmermann, Eva / unter Mitarbeit von Clemens Wagner (2021): Handlungsfeld und Handlungslogiken. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte im Handlungsfeld Demokratieförderung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderphase 2020 bis 2024. Online: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Erster_Bericht_MP_DF_2020.pdf (abgerufen am 14.05.2025)

Emde, Oliver (2022): Politische Stadtrundgänge. Außerschulische Lernarrangements zwischen Schule und sozialen Bewegungen. Frankfurt a.M.

Firsova, Elizaveta / Grieger, Marcel / Ivens, Sven / Klingler, Phillip / Vajen, Bastian (2022): Ansätze der theoretischen und empirischen politikdidaktischen Forschung. In: Firsova, Elizaveta / Grieger, Marcel / Ivens, Sven / Klingler, Phillip / Vajen, Bastian (Hrsg.): Methoden der politikdidaktischen Theoriebildung und empirischen Forschung. Frankfurt a.M., S. 9-26

Fritz, Karsten / Maier, Katharina / Böhnisch, Lothar (2006): Politische Erwachsenenbildung. Trendbericht zur empirischen Wirklichkeit der politischen Bildungsarbeit in Deutschland. Weinheim

Gramoll, Annika / Jantschek, Ole / Lorenzen, Hanna (2022): Aufbrüche. Politische Jugendbildung in Krisenzeiten. Jahrbuch 2022. Online: <https://www.politische-jugendbildung-et.de/publikation/aufbrueche-politische-jugendbildung-in-krisenzeiten/> (abgerufen am 14.05.2025)

Hartmann, Anne / Hübner, Kerstin (2024): Wissen in Bewegung – Wissenstransfer in der Kulturellen Bildung gemeinsam gestalten. Online: <https://www.kubi-online.de/artikel/wissen-bewegung-wissenstransfer-kulturellen-bildung-gemeinsam-gestalten> (abgerufen am 05.12.2024)

Heilmann, Lisanne (2024): Politisches Lernen auf TikTok. Aushandlung von Diversität in digitalen Räumen. In: Hessische Blätter für Volksbildung. Jg. 74, H. 2, S. 42-54. Online: <https://hessische-blaetter.de/articles/10.3278/HBV2402W005/> (abgerufen am 07.05.2025)

Henning, Eike et al. (2016): Politische Bildung im Alter. Schwalbach/Ts.

Hirsch, Anja (2019): Gemeinwohlorientiert und innovativ? Die Förderung politischer Jugendbildung durch unternehmensnahe Stiftungen. Bielefeld. Online: <https://www.transcript-verlag.de/media/pdf/a8/19/29/oa9783839449844qniYyNRmYN0wh.pdf> (abgerufen am 07.05.2025)

Hufer, Klaus-Peter (2022): Politische Bildung in der Erwachsenenbildung. In: Sander, Wolfgang / Pohl, Kerstin (Hrsg.): Handbuch Politische Bildung. Frankfurt a.M., S. 168-176

Isac, Maria Magdalena / Zels, Susanne / Abs, Hermann J. (2024): Monitoring Citizenship Education: Zur Entwicklung einer Monitoring-Strategie für politische Bildung und Demokratieförderung in europäischer Kooperation, PrEval Handreichung 2/2024. Online: https://preval.hskf.de/fileadmin/PrEval/PrEval_Handreichung_02_2024.pdf (abgerufen am 07.05.2025)

Krämer, Anna Maria (2021): Politische Bildung online: all inclusive? Ein- und Ausschlüsse in digitalen Formaten der außerschulischen politischen Bildung – eine Studie aus machtkritischer und intersektionaler Perspektive. Herausgegeben vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) e.V. Berlin. Online: <https://www.adb.de/system/files?file=media/document/studie-politische-bildung-online-all-inclusive-ein-und-ausschlusse-digitalen-formaten-der.pdf> (abgerufen am 07.05.2025)

Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (2023): 2. Demokratiebericht Politische und demokratische Lebenswelten der nordrhein-westfälischen Bevölkerung in 2023. Online: https://www.politische-bildung.nrw/fileadmin/imperia/md/content/projekte/Demokratiebericht/LpBNRW_Demokratiebericht_2023.pdf (abgerufen am 14.05.2025)

Fritz, Karsten / Maier, Katharina / Böhnisch, Lothar (2006): Politische Erwachsenenbildung. Trendbericht zur empirischen Wirklichkeit der politischen Bildungsarbeit in Deutschland. Weinheim

Gapski, Jörg / Heinen-Tenrich, Jürgen (2007): Räume politischer Bildung. Zur Programmpraxis in der niedersächsischen Erwachsenenbildung. Hannover

Jugel, David / Lewrenz, Rico (2022): Wie geht's der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen. Eine Feldexploration. Online: https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/joddid/ressourcen/dateien/publikationen/Jugel_Lewrenz_2022_Wie-gehts-der-ausserschulischen-politischen-Bildung-in-Sachsen_-eine-Feldexploration.pdf (abgerufen am 07.05.2025)

Kalina, Andreas (2014): Erfolgreich politisch bilden. Faktensammlung zum Stand der politischen Bildung in Deutschland. Handreichung zur politischen Bildung. 2. überarbeitete Auflage. St. Augustin

Lange, Dirk (2010): Monitor politische Bildung. Daten zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Schwalbach/Ts.

Mohseni, Maryam (2020): Empowerment-Workshops für Menschen mit Rassismuserfahrungen. Theoretische Überlegungen und biographisch-professionelles Wissen aus der Bildungspraxis. Wiesbaden

Rudolf, Karsten (2002): Bericht politische Bildung 2002. Was wollen die Bürger? Eine Marktanalyse zur außerschulischen politischen Bildung in Deutschland (Politische Bildung und Markt, Band 2). Büdingen

Scheidig, Falk (2016): Professionalität politischer Erwachsenenbildung zwischen Theorie und Praxis. Eine empirische Studie zu wissenschaftsbasierter Lehrtätigkeit. Bad Heilbrunn

Scheidig, Falk (2022): Angebote politischer Erwachsenenbildung vor und nach dem „Corona-Schock“: Eine vergleichende Progammalyse zu Online- und Präsenzveranstaltungen an Volkshochschulen. In: Zeitschrift für Weiterbildungsforschung. Jg. 45, H. 2, S. 321-345. Online: https://www.die-bonn.de/doks/zfw/2022/ZfW_02_2022.pdf (abgerufen am 07.05.2025)

Schiele, Siegfried (2005): Die politische Bildung ist besser als ihr Ruf. Anmerkungen zum Abschlussbericht „Evaluation der Politischen Bildung“. In: Außerschulische Bildung. Jg. 36, H. 1, S. 59-63

Schröder, Achim / Baltzer, Nadine / Schroedter, Thomas (2004): Politische Jugendbildung auf dem Prüfstand: Ergebnisse einer bundesweiten Evaluation. Weinheim

Trumann, Jana (2022): „Demokratisch ist man nicht allein“. Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung zu aufsuchenden politischen Bildungsaktivitäten in der Arbeitswelt. Online: <https://www.dgb-bildungswerk.de/sites/default/files/pdf-upload/2023-02/Tr%C3%A4gernetzwerk-Forschungsbericht 2022.pdf> (abgerufen am 07.05.2025)

von Ameln, Falko (2014): Lernort Heimvolkshochschule. Eine empirische Studie. Bielefeld

Widmaier, Benedikt (2020): Flickenteppich politische Bildung? Anmerkungen zu einer möglichen Zäsur der Professionsgeschichte. In: Haarmann, Moritz Peter / Kenner, Steve / Lange, Dirk (Hrsg.): Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische. Aufgaben und Zugänge der Politischen Bildung. Wiesbaden

Widmaier, Benedikt (2022): Extremismuspräventive Demokratieförderung. Frankfurt a.M.

Wohnig, Alexander (2021): Klärungsversuche: Zum Begriff „politische Bildung“ im Bericht. In: Journal für politische Bildung. Jg. 11, H. 3, S. 14-18

Zeller-Rudolf, Melanie (2004): Politische Bildung in und mit Unternehmen. In: Rudolf, Karsten / Zeller-Rudolf, Melanie: Politische Bildung – gefragte Dienstleisterin für Bürger und Unternehmen. Bielefeld, S. 41-295

Impressum

Transfer für Bildung e.V.
Rellinghauser Straße 181
45136 Essen

Telefon: 0201 85791454-0

E-Mail: info@transferfuerbildung.de
Internet: <https://transfer-politische-bildung.de>
LinkedIn: <https://www.linkedin.com/company/transferfuerbildung>
Facebook: <https://www.facebook.com/transferfuerbildung>
YouTube: <https://www.youtube.com/@TransferfuerBildung>

Verantwortlich für den Inhalt:
Dr.in Helle Becker, Transfer für Bildung e.V.

Zitationsvorschlag: Posenau, Dirk / Becker, Helle / Hansek, Marcel (2025): Monitor: Empirische Grundlagenforschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung. Bestandsaufnahme und Analyse von Forschungssituation und Fachdebatte. Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub, Working Paper 1. Online: <https://transfer-politische-bildung.de/transfermaterial/veroeffentlichungen/mitteilung/artikel/monitor-empirische-grundlagenforschung-zur-praxis-nonformaler-politischer-bildung/>

Bildnachweise

Titel: Scott Webb | Pixabay
Seite 11: Christoph Honig

Ein Projekt von:

FÜR TRANSFER
BILDUNG

Fachstelle
politische
Bildung



Gefördert
durch die

Bundeszentrale für
politische Bildung